

Der Mann, der Franzen in die Klemme brachte, in Moabit

Der Prozess gegen den Landwirt Guth / Dof, aber nicht so dof, wie er dem Gericht weismachen möchte

Berlin, 20. Dezember.

Der Urheber der viel ereigneten Affäre des Reichstagsabgeordneten Hofke steht heute vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter der Anklage des Landfriedensbruchs, der Landfriedensverletzung, des Gehörns eines öffentlichen Namens und des Mißbrauchs einer Urkunde gegenüber Polizeibeamten. Die Verhandlung, die unter hohem Polizeischutz im großen Schwergeschloss in Moabit stattfindet, wird von Landgerichtssekretär Dr. Kunt geleitet, die Anklage gegen den Landwirt Guth vertritt Staatsanwalt Dr. Köhler. Guth hatte sich freiwillig am Tage der Eröffnung des Verfahrens, als er am Potsdamer Platz von Polizeibeamten festgenommen worden war, der Polizei gegenüber mit einer

gewissen war. Als ich da war, war aber schon alles vorbei.

Fragl. Gatten Sie denn schon erfahren, was sich am Montagmittag in der dortigen Gegend ereignet hatte?

Angel. Ja wohl, im Reichstag hatte ich schon gehört, daß sich tabakulante Elemente bemerkbar gemacht hätten, und man hörte auch bis in den Reichstag hinein lautes Rufen und Jöhlen.

Auf weiteren Befragen gab der Angeklagte zu, daß er sich dem Polizeibeamten, der ihn festnahm, um dem Ausweis des Landtagsabgeordneten Köhler legitimiert habe.

Angel. Ich bin nicht aufgefordert worden, weiterzugehen. Die Polizei war sehr aufgeregt und da

zeigte ich dem Herrschaften die Karte des Abgeordneten Köhler. Ich habe es mir nicht weiter überlegt,

es wäre richtiger gewesen, wenn ich das nicht getan hätte.

Herr Guth ist gewiss nicht mit einem besonders tiefhaften Intellekt begabt, aber keineswegs ist er so dof, wie er sich bei seiner Aussage zu stellen bemüht. Zum Beispiel den Umgang mit Franzen weiß er jetzt schon in tadelloser Weise so vorzutragen, daß fragt man ihn, Franzen gegen seinen Paragrafen des Strafgesetzbuchs verstoßen hat. Vor der Polizei, aber auch vor dem Vernehmungsdirektor, hat Guth in schlichter Art und Weise darzustellen, wie Franzen ihm als Kopie agnoscizierte. Sogar erzählt er, wie folgt:

Minister Franzen wurde gefragt, ob er nicht kenne, Minister Franzen sagte: Ja wohl!

Dann wurde Minister Franzen gefragt, ob er

den Abgeordneten Köhler kenne. Minister Franzen sagte: Ja wohl!

Dann wurde Minister Franzen gefragt, ob diese beiden Personen identisch seien. Er sagte Minister Franzen: Das werde die Untersuchung ergeben.

Es ist bekannt, daß es das Recht des Angeklagten ist, zu lägen, selbst dann, wenn er nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist. Guth ist Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Dem Angeklagten wurde dann noch vorgehalten, daß er der Polizei und dem Richter gegenüber andere Aussagen gemacht habe.

Als dann als erster Junge Polizeimeister Heinrich vorgenommen werden sollte, erhob der Verteidiger dagegen Einspruch. Wenn man Polizeimeister Heinrich zuerst und die anderen Beamten später in seiner Anwesenheit vernehmen würde, so könne es leicht geschehen, daß die Beamten hierdurch hart bedrückt werden würden. Der Vorsitzende ließ einen Gerichtsbedienten über diese Frage herbeiführen, der jedoch ergab, daß es bei der Vernehmung des Polizeimeisters Heinrich blieb.

H. M. Dr. Kunt richtete darauf an Polizeimeister Heinrich die Frage, ob er identisch sei mit jenem Polizeimeister Heinrich, der letztendlich in einer sozialdemokratischen Versammlung in Spandau sich in besonders auffälliger Art gegen den Nationalsozialismus gewandt habe.

Oberstaatsanwalt Köhler befragte,

diese Frage abzuhaken.

Es genüge durchaus, wenn Polizeimeister Heinrich

Lohnabbau bei der Stadt

Den städtischen Angestellten und Arbeitern wird kurz vor Weihnachten noch ein wenig schmerzlicher ins Haus gebracht: der Lohn- und Gehaltsabbau hat auch bei der Stadt seinen Anfang genommen. Es handelt sich um dieselbe Kürzung der Bezüge um sechs Prozent, wie sie auf Grund der Notverordnung mit Wirkung vom 1. Februar 1931 auch bei den Reichs- und Landesbeamten vorgenommen wird. Zu einem Teil der städtischen Werke haben in diesen Tagen die Direktoren damit begonnen.

den Angestellten den Kürzungserevers vorzulegen.

Natürlich ist damit ein erheblicher wirtschaftlicher Druck verbunden. Die Lohnabkürzung soll fuhrgeführt werden, daß am 1. Februar nur noch die verminderten Beträge gezahlt werden.

Neben diesen Bezugsstärkungen her, über die ja, da der Satz nach der Notverordnung von vornherein festhand, nicht erst verhandelt zu werden braucht, gehen die Besprechungen mit den Betriebsräten über eine Bereinigung auch der Arbeiterlöhne und

Einführung der 40-Stunden-Woche.

Bezüglich der künftigen Gestaltung der Arbeiterlöhne muß zunächst getrennt mit den verschiedenen Betriebsräten verhandelt werden, und eine große Reihe dieser Besprechungen ist gegenwärtig bereits in Gange.

erkläre, daß er republikanischer Beamter sei.

Das Gericht fuhr sich zur Beratung über diese Frage zurück.

Nach kurzer Beratung ließ das Gericht die Frage zu, Polizeimeister Heinrich erkläre, dem bei er Sozialdemokrat sei und auch in der betreffenden Versammlung gesprochen habe. Der Inhalt seiner Rede sei der gewesen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei weder national, sozial, noch Arbeiterpartei sei.

Der nächste Junge, der Polizeimeistermeister H. J. J. J., schilderte dann, wie es zur Festnahme des Angeklagten Guth kam und was sich dabei ereignete. Wir hatten Befehl, den Potsdamer Platz zu räumen. Die Menge ging auch weiter, bis auf zwei Personen, von denen die eine mir einen Ausweis zeigte. Ich merkte dann, daß die Photographie in dem Ausweis nicht mit der Person, die sich legitimiert, übereinstimmte. Da mir die Sache familiär vorkam, brachte ich ihn zur Potsdamer Bahnhofswache. Der Junge schildert dann weiter, daß er

bereits etwas Angst bekommen hätte, daß er etwa die Zummittat eines Abgeordneten verübt habe.

Er habe dann die Personalien aufgenommen, wobei sich Guth als Abgeordneter Heinrich Köhler ausgeben habe. Anzufragen sei Staatsminister Dr. Franzen durch den Kriminalassistenten Graf im Bohrenhof benachrichtigt worden, und es hätte sich dann eine Delegation zwischen Franzen und dem Beamten entworfen, ob der Angeklagte wirklich Köhler sei oder nicht.



Landwirt Guth auf der Anklagebank

Hugenberg und Goebbels, zwei tapfere Recken

Beide heute nicht vor Gericht erschienen

Vor dem Schöffengericht Berlin Mitte war heute Verhandlungstermin gegen den Reichstagsabgeordneten Hugenberg und Goebbels. Der Herrschaft des Reichstagsabgeordneten Hugenberg mehrere Redakteure angeklagt gewesen. Die Redakteure des „Tag“ und der „Zeitung“ wurden zu Geldstrafen verurteilt. Es handelte sich bei dieser Anklage gegen Goebbels Hugenberg um einen von ihm unterschriebenen Artikel vom 31. Oktober 1929, der sich mit dem Ergebnis der Abstimmung zum Volksbegehren beschäftigte. Darin hieß es: „Ist die Lösung gewonnen oder verloren?“

Der sozialistische Reichstagsabgeordnete wird es uns am 6. November verzeihen. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzu sehr verüßert.“

Wegen dieses Satzes war Strafantrag gestellt worden. Nach Aufbruch der Sache heute früh stellte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Müller, fest, daß

Scheinrat Hugenberg nicht erschienen

sei. Von dem Verteidiger ist dem Gericht ein Schreiben zugegangen, in dem mitgeteilt wird, daß ein Antrag auf Aufhebung des Verfahrens gegen den Reichstagsabgeordneten Hugenberg beim Reichstag eingereicht worden sei. Es könne nach der bestehenden Meinung gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das Verfahren aufgehoben werden wird.

Oberstaatsanwalt Sturm erklärte, daß die Rechtslage klar sei. Abgeordneter Hugenberg hätte erscheinen müssen. Zwangsmaßnahmen seien aber nicht möglich ohne Genehmigung des Reichstagspräsidenten. Er beantragte daher Vertagung. Das Gericht beschloß, den Prozeß zu vertagen und bezieht sich die Entscheidung über Zwangsmaßnahmen vor.

Goebbels macht es ebenso

Vor dem Schöffengericht Schöneberg sollte sich heute der Reichstagsabgeordnete Dr. Joseph Goebbels wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker und wegen Aufreizung durch ein Gedicht „Die Sturmflut“ verantworten. Er war nicht erschienen. Erster Staatsanwalt Kunt wies darauf hin, daß dem Angeklagten die Terminladung rechtzeitig zugegangen sei.



Der Brand Am Karlsbad Die Feuerwehr in medizinischen Warenhaus Pech bei der Arbeit

Verhungert

Inmitten eines Straßenbahnwagens. Gutgenährte, gutgekleidete Herren unterhalten sich über das Zentralproblem der Zeit: die Not. Man sieht ihnen an, daß sie in der besten aller Welten zu leben meinen, und es nimmt nicht weiter wunder, daß einer von ihnen, sein bisheriges soziales Gewissen sofort zum Schweigen bringend, meint: „In Berlin braucht niemand zu verhungern!“

Zeitungsnotiz:

„Gestern abend wurde eine Frau, die in Geschäften gebettelt hatte, in der Nähe des Kottbuser Damms festgenommen und nach dem Polizeirevier gebracht. Hier erkrankte die Frau, eine 55jährige Arbeiterin, Renate Schirmer, und starb unter den Händen des Arztes infolge Entkräftung.“

Eigentlich brauchte man dem nichts weiter hinzuzufügen. Jene latten, zufriedenen Herren werden aber einwenden: die alte Frau habe nicht nötig gehabt zu sterben, sie hätte ja die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen können. Und sie werden bestimmt meinen, es wäre nur ein Einzelfall.

Wir wissen nicht, ob die Verhungerte vor ihrem furchtbaren Ende sich an die städtischen Fürsorgestellen gewandt hat oder nicht. Vielleicht hatte sie es getan und das Unterstützungsgeld war ihr geflohen worden oder sie hatte es verloren, vielleicht war es auch zu gering, um damit einen bereits unterernährten Körper in Funktion erhalten zu können. Vielleicht hatte sie sich an das Wohlfahrtsamt nicht mehr gewandt, weil ihr das Warten, herumtrotzen und Bitten in Amtsstuben unerträglich war als das Treppensteigen und private Betteln. Wie es gekommen ist, wissen wir nicht. Aber die Tatsache sieht fest, daß sie verhungert ist.

Und Tatsache ist es auch, daß es kein Einzelfall ist. Immer wieder flattert auf den Redaktionsstisch die kleine, inhaltschwere Notiz: Selbstmord aus Mangel an Nahrung. Die Selbstmordchronik der Großstadt hat einen erschreckenden Laufgang bekommen, und wenn es auch oft heißt: „Motive unbekannt“, man kann sicher sein, daß in vielen Fällen der Hunger den Menschen an den Gashahn trieb oder ihm den Strich im den Hals zwang — der Hunger oder die Angst vor dem Hunger und Verhungern, was im Grunde das gleiche ist.

Wir sind noch weit vom sozialen Staat entfernt. Noch beherrscht der, wie Müde es treffend formulierte, ins Unstittliche umgebogene Sozialismus, die Almselengeberei, das Feld des Elends, noch betäuben die oberen Schichten, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben, ihr Gewissen mit dem Gedanken an die bestehenden sozialen Einrichtungen, über deren Unzulänglichkeit sie nichts hören wollen, ja, das bisherige sozialpolitische Erbilg der Menschen- und Gerechtigkeitsfreunde der Hartherzigkeit und dem Unverstand abringen konnten, ist ihnen schon zu viel.

Menschen sterben Hungers! Muß diese Tatsache nicht aufreißend wirken, muß die Scham nicht rot auf die Stirnen treten und heiß in die Herzen schlagen?

Fühlen die Satten oder Gewissenlosen nicht, daß sie den Grund zumanken bringen, auf dem sie stehen, wenn sie vor dieser Tatsache gleichmütig die Augen verschließen?

A. K.



Das abgestürzte Königsberger Wetterflugzeug
Die Insassen waren tot

Zuchthausurteile gegen Kommunisten

Weisser Terror in Südeuropa / Ein Flintenschuss geht im Gerichtssaal los

Budapest, 20. Dezember.

In den letzten Tagen fanden wieder eine Reihe von Massensprozessen gegen Kommunisten in den südeuropäischen Ländern statt. Gestern wurde in Budapest ein Moskauer-Prozess gegen 41 angelegte Kommunisten beendet, der drei Wochen lang unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden war. Die Beschuldigung lautete auf Gründung kommunistischer Organisationen und auf kommunistische Propaganda zum Zwecke des Umsturzes. Der Hauptangeklagte war der frühere Leiter des internationalen Telefonsystems in Moskau, Ferdinand Reich, der vor einiger Zeit nach Ungarn anziehend zum Zwecke der Verhaftung der kommunistischen Tätigkeit, zurückgekommen war. Er wurde

in 7-Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu vier bis zwanzig Monaten, ein Teil zu zwei bis vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Moskauer-Prozess fand auch in Sofia gegen 17 Kommunisten statt, die ebenfalls wegen Verführung angeklagt sind. Bei dem Prozeß kam es, wie auch bei dem ungarischen Prozeß, zu großen Stenbalken. Die Polizei mußte eingreifen.

Dabei ging im Solioter Gerichtshof sogar ein Flintenschuß, scheinbar unbeabsichtigt, los.

Der Prozeß muß in Abwesenheit der Angeklagten fortgeführt werden, die auf ihre Verteidigung und auf die Verteidiger verzichteten, weil die Staatsanwaltschaft ausschließlich Politgenossen als Zeugen hatte vorladen lassen. Auch die Jungen der Verteidigung lehnten es unter diesen Umständen ab, Zeugenschaft abzulegen. Sie wurden vom Gericht sofort zu zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt. Der Prozeß geht weiter. Auch in Estland fanden bereits dieser Tage wieder ein kommunistischer Prozeß mit der Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnisstrafen von ein bis sieben Jahren. Es scheint, daß die eingeworfenen Fenster der südeuropäischen Gefängnisse in Berlin mit diesen Verurteilungen in Zusammenhang stehen.

Diktator wider Willen

Spaniens Premierminister-General spricht hohe Töne über Demokratie

Paris, 20. Dezember.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer hat den seit einigen Tagen in Spanien wütenden Sonderberichterstattung des „Matin“ ein Interview gewährt, in dem er u. a. folgendes sagte:

„Man will mich als einen Diktator hinstellen; ich bin aber keiner.“

Ich bin vielmehr an die Macht gekommen, um den Zustand der Diktatur ein Ende zu machen. Wir können sehr sehr schnell auf die Wahlen zu, auf normale Wahlen, bei denen jede Partei ihre Stärke zeigen soll. Die Gesetze des gegenwärtigen Regimes werden sich ändern können, und man wird dann sehen können, ob sie wirklich so zuträglich sind, wie sie behaupten. In den Cortes werden sie alle Freiheiten, die Monarchie zugeworfen und Verfassungsänderungen vorschlagen. Sie können es aber nicht sehr eilig zu haben, zu den Wahlen zu gehen. Wenn die Volksbefragung verzögert wird, so ist das allein ihre Schuld und nicht die meine.“

Ich bin natürlich geneigt, die Ordnung wiederherzustellen und den Befreiungszustand zu verhindern, da die Truppen der empörenden und gefährlichen Revolutionäre an Werke waren. Ich habe eben eine Verordnung betr. die Wahlen erlassen, die die Wahlen erlassen, die sich in den Händen der Empörer befinden können, und ich muß natürlich, was mir sehr unangenehm ist, die Verantwortlichkeiten in den Zeitungen kontrollieren.

Ich kann Ihnen aber versichern, daß diese Sonderregime, das uns durch die Verbrechen der letzten Tage aufgeschwungen worden ist, so schnell wie möglich abgeschafft wird.

Das spanische Volk liebt die Freiheit. Es hat mit großer Regelmäßigkeit das frühere Regime getragen. Wir werden ihm, sobald die elementare Gerechtigkeit es gestattet, alle seine Rechte wieder zurückgeben.“

Der Sonderberichterstattung Sanchezwin bemerkt hierzu: „Wie man sieht, hat dieses Programm durchaus nichts Politisches an sich. Ohne Ehrgeiz, allein darum befragt, die ihm zurückerhaltene behauptete Aufgabe durchzuführen, hat General Berenguer seine sozialistische oder irgendwelche anderen Doktrinen. Nach seinen eigenen Worten hält er Recht. Diese Funktion ist nicht ohne Größe, noch Gefahr.“

Landbund-Abmarsch ins dritte Reich

Das Kabinett Brüning, dem bekanntlich der bisher entscheidendste Vorkämpfer der agrarischen Interessen, Herr Schiele, angehört, hat für die Landwirtschaft so viel getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrigbleibt.

Trotzdem ist der Landbund, die Kampforganisation der Landwirte, nicht zufrieden. Kaum ist eine Forderung erfüllt, stellt er neue auf. Sie gehen dabei so weit, daß selbst Herr Schiele, der doch gewiß viel für die Landwirtschaft übrig hat, allmählich angt und bange wird.

Noch dieser Tage waren die Vertreter der Agrarinteressen beim Reichspräsidenten und beim Reichsfürstentum, um hier neue Wünsche zu äußern, deren Erfüllung sie verlangen ohne Rücksicht darauf, daß die Gesamtinteressen des deutschen Volkes aufs schärfste gefährdet werden.

Man begnügt sich in diesen Kreisen aber nicht mit vorläufigen wirtschaftlicher Art, sondern feht der Regierung, wenn sie nicht pariert, die politischen Dammenschräuben an.

So hat soeben in Völkeln der Hauptgeschäftsführer des Schieflichen Landbundes, ein Major a. D. Höber-Vreslau, dem gegenwärtigen System den Kampf bis aufs

Meffer angezündet und er hat zugleich gefordert, der Landbund müsse sich in die nationalsozialistische Front eingliedern.

Das ist der Lauf, den die Landwirtschaft dem Kabinett Brüning für seine über alles vernünftige Maß hinausgehenden Agrarmaßnahmen abtrotzt! Es tut der Reaktion jeden Gefallen, die also Begünstigten schänden aber zu seinen eritterten Feinden ab.

Ist es nicht endlich an der Zeit, daß Brüning das Steuer herumwirft oder, wenn er es nicht kann — daß die SPD, diesen unglücklichen Spielball der Reaktion treiben läßt?

Nächtlicher Krawall in der Weberstrasse

Zwei Schupobeame überfallen

In der letzten Nacht wurden vor dem Hause Weberstraße 5 zwei Schutzpolizisten, die ein Mitglied einer kommunistischen Klebetolonne festnehmen wollten, dabei von Verboten, die aus einem benachbarten Lokal Zugang erzielten, überfallen. Ein Beamter wurde zu Boden geschlagen und mit einem Dolch bedroht. Der am Boden liegende feuerte darauf einen Schuß auf seine Angreifer ab, von denen einer schwer verletzt wurde. Während ein Teil der Menge die Beamten in Schach hielt, brachten die übrigen den Verwundeten, der einen Bauchschuß erhalten hatte, ins Krankenhaus Friedrichshain, wo er später als der 25jährige Helmut Altmann festgestellt werden konnte.

An der Ecke der Gneisenau- und Schliermaderstraße wurden zwei Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und zu Boden geschlagen. Beim Eintreffen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet.

Neuer Vizekönig von Indien

London, 20. Dezember.

Der bisherige Generalgouverneur von Kanada, Viscount Willingdon, ist als Nachfolger Lord Irwins zum Vizekönig von Indien ernannt worden. Lord Willingdon ist 64 Jahre alt. Von 1900 bis 1910 war er liberaler Abgeordneter, gehörte zwei Jahre lang dem Oberhaus an und wurde dann Gouverneur von Bombay. Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde er zum Gouverneur von Madras ernannt und verließ bis 1924 in Indien.



Der Goldmacher von Düsseldorf
Kurschillingen wurde zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt

BVZ
Funk

MÜNCHEN. Bei der Weihnachtsfeier der Augsburg Nationalsozialisten ist der katholische Pfarrer Dr. Häuser durch hervorgetreten, dass er die Feiertage hielt, die Rede vom „Völkischen Beobachter“ in grosser Aufmachung verbreitet wurde. Infolgedessen hat der Bischof von Augsburg jetzt gegen Pfarrer Häuser ein Redeverbot erlassen.

KATTOWITZ. Der vor einigen Tagen in Königs hütte verhaftete preussische Landtagsabgeordnete Tunkel von der Kommunistischen Partei wurde auf Befehl der Warschauer Regierung aus dem Gefängnis entlassen. Tunkel wurde sofort über die deutsche Grenze abgeschoben.

HAMBURG. Vor dem französischen und jugoslawischen Generalkonsulat in Hamburg sammelten sich in den gestrigen Abendsstunden radikalste Elemente, die ein Steinbombardement eröffneten und zahlreiche Fensterbeschäden zutrümmerten.

GENÈVE. Der Bundesrat hat zwei französische Spionageagenten ausgewiesen, die in der Schweiz Landesangehörige für den französischen Nachrichtendienst angeworben und von ihnen gegen Bezahlung Mitteilungen über die Kriegsvorbereitungen eines fremden Mächts entgegengenommen haben.

PARIS. Wie der „Matin“ meldet, wird sich Poincaré sobald er reisefähig ist, nach dem Süden begeben, um dort vollkommene Heilung zu suchen. Die Abreise wird wahrscheinlich nicht vor einem Monat erfolgen können.

Feierschichten dekretiert

Diktatur der Reichsbahnverwaltung

Nachdem in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Einführung von Feierschichten bei der Reichsbahn keine Einigung erzielt worden ist, hat nunmehr die Hauptverwaltung der Reichsbahn von sich aus wöchentlich eine Feierschicht für die Arbeiter der Werksstätten und Bahnanlagen unterhalten angeordnet. Rund 100 000 Arbeiter werden von dieser Maßnahme betroffen. Die Gewerkschaften betrachten diese Anordnung als eine Umgehung des Tarifvertrages. Eine Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften nimmt gegenwärtig zu der durch die Anordnung geschaffenen Lage Stellung.

Stencern in Naturfalten

Der Kreisabschluss in Schwaben gibt den Landwirten, die mit ihrer Steuerzahlung in Rückstand sind, die Möglichkeit, die Kreissteuern in Gegenständen ihrer Betriebe zu entrichten, für die Gutstücke ausgestellt werden. Die eingeleiteten Produkte werden zur Vinderung der Rot der Wohlfahrtsvereinsstellen verwendet.

Am Tisch der BVE-Schöffen



Dies brachte die siebente Schöffen-Sitzung:

Weihnachts-Probleme / Die Reichs-Versicherungs-Anstalt drückt ein Auge zu Doppel-Verdiener

Die Sitzung beginnt um sechs Uhr. Die unsern Lesern bereits bekannten Schöffen — Frau Michl, Frau Scheide und Herr Tempel — sind pünktlich zur Stelle. Von der Redaktion sind anwesend Herr Dr. Krüger und Herr Michaelis, vom Verlag Herr Dr. Königsberger.

Da es immer mehr auf Weihnachten zugeht, so befaßt man sich natürlich zuerst mit Fragen, die mit dem Fest im Zusammenhang stehen. Es kam gleich zu einer lebhaften Debatte über die Zweckmäßigkeit des früheren Ladenschlusses am Heiligabend. Die beiden Hausfrauen, Frau Michl und Frau Scheide, setzten sich sehr warm für den frühen Ladenschluß ein. Sie begründeten dies vor allem damit, daß man den Angestellten der Geschäfte dadurch ermöglichte, früher nach Hause zu kommen.

Herr Dr. Krüger schloß sich ihnen an, trotzdem er sich der Tatsache nicht verschließt, daß

nicht mehr getätigt. Es seien einem immer im letzten Moment noch viele Dinge ein, die man beim Einkaufen vorher vergessen habe und die man gern noch für das Fest anschaffen möchte. In ihrer Gesamtheit bedeuteten alle diese Kleinigkeiten einen Millionenumfang für die Geschäftswelt, und wir könnten es uns heute nicht leisten, darauf zu ohne weiteres zu verzichten. Es sei natürlich bedauerlich, wenn das Personal der Detail-Geschäfte dadurch erst später am Heiligabend in den Familienkreis komme, aber man müsse von den Angestellten heute soviel Verständnis für die allgemeine Wirtschaftslage verlangen, daß sie auch einmal ein kleines Opfer bräuchten. Man könne ja auch dem

ohne die einbehaltenen Beträge an die Anzahlung abzuführen. Nach seiner Entlassung habe er sich an die Versicherungsanstalt gewandt. Er sei dort in einen Anstaltsraum geführt worden. Zu dem maßgebenden Beamten könne man überhaupt nicht vordringen. Es wurde ihm dann mitgeteilt, die Firma habe sich laut Bericht des Revisors verpflichtet, innerhalb von 4 Jahren die zu wenig gezahlten Beträge abzuführen. Der Anstaltsbeamte habe sich wörtlich geäußert: „So rigoros kann man nicht vorgehen.“ Er habe dann gefragt: „Wenn der Mann aber nicht bezahlt?“ Die Diskussion habe sich dann folgendermaßen entwickelt: „Wenn der Mann nicht bezahlt, dann steht uns ja das Pfändungsrecht zu.“ — „Wenn aber nichts mehr zum Pfänden da ist?“ — „Wir sind schon im Wilde.“ Er sei wiederholt ischard geworden, aber alles habe nichts genutzt. Ein Wohlfahrtsvorsteher habe ihm getagt, die Versicherungsanstalt mache sich mit strafbar, wenn sie derartige Zustände dulde. Ein Nachzahlungssystem bei einbehaltenen Versicherungsbeiträgen dürfte unter keinen Umständen gebilligt werden.

Schwerwiegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe

dagegen sprechen. Insbesondere die Kleineren Geschäftsleute hätten doch einen großen Ausfall durch den frühen Ladenschluß, denn es gäbe eine ganze Reihe von Kunden, die einfach nicht davon abstrinken würden, ihre Geschäfte im letzten Moment zu kaufen. Dies sei auch eine Gedränge. Man könne nichts kaufen, wenn man nicht über die nötigen Barmittel verfüge und, da viele Angestellten ihre Weihnachtsgeldentwertung erst ganz kurz vor Weihnachten erhielten, so müsse man eben die auch Gelegenheit geben, dieses Geld in Ware umzusetzen. Herr Dr. Krüger kommt dann aber doch am Schluß seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß man aus sozialen Rücksichten besser daran getan habe, den frühen Ladenschluß einzuführen, denn man müsse den Angestellten der Detailgeschäfte, die gerade vor dem Fest besonders schwer zu arbeiten hätten, den schlußendlich wie möglich freisetzen. Herr Tempel betrachtet die Angelegenheit mehr vom

Personal der Betriebsbetriebe

und vieler anderer Unternehmungen und Behörden am Heiligabend nicht freizugehen, und der Detail-Verkauf müsse eben auch als Dienst an der Allgemeinheit aufgefaßt werden, der entsprechende Opfer fordere.

Man kommt dann auf das Wegfallen der Weihnachtshilfe der Gewerkschaften zu sprechen. Herr Tempel erzählt, im vorigen Jahr habe es circa 15 Mark gegeben, jetzt habe er aber gehört, daß dieses Jahr nichts ausbezahlt werde. Man bedauere außerordentlich die dadurch noch trauriger gewordene Lage der Gewerkschaften und kommt in diesem Zusammenhang auch auf die Doppelverdiener zu sprechen. Sämtliche Schöffen führen Beispiele an, aus denen hervorgeht, daß noch sehr viele Doppelverdiener existieren.

Krankversicherungs

ein Jahr und 9 Monate lang abgezogen.

Frau Scheide erzählt nun, sie sei früher Lehrerin in einer Privatschule gewesen. Ihr sei es ähnlich gegangen. Die Anstaltsleiterin habe ihr auch die Angestelltenversicherung abgefragt, aber keine Marken gestellt. Erst, als sie mit einer Anzeige gedroht habe, sei es ihr möglich gewesen, die Versicherungs-Ausschließung der Karte mit den gestellten Marken zu bewegen. Der Revisor dürfe auf keinen Fall Anmachungen mit der Firma treffen, das sei eine schwere Schädigung der Angestellten.

Herr Dr. Krüger rät Herrn Tempel, unbedingt nochmals für Versicherung zu gehen. Er würde ihm nach Möglichkeit dabei unterstützen. Die Sitzung wird um 7 Uhr 20 Minuten geschlossen, nachdem man noch vorher die besten Wünsche für die Feiertage und das Jahr 1931 ausgesprochen hat.

BVE Wk

Der weite Kragen

Im Kaufhaus, Herrenwäschereibteilung. Ein Anabe erhebt und verlangt ein halbes Duzend Herrenkragen.

„Welche Kragenweite?“ fragt die Verkäuferin.

„Nummer dreißigfünfzig“, sagt der kleine Junge.

„Das wird wohl ein Irrtum sein“, meint die Verkäuferin. „Nummer dreißigfünfzig gibt es gar nicht. Für mein Hals hat dein Kragen denn sein!“

„Für meinen Entel!“

„So einen deinen Hals hat dein Entel?“ fragt die Verkäuferin erlauth.

„Entel nicht“ erwidert der Anabe. „Aber mein Entel leidet an Großwahn!“

„Kathige Wäster.“

Sie weiß Bescheid!

„Ach, Bescheid, ich bin ja so glücklich! Ich könnte die ganze Welt umarmen!“

„Nein, mein Schatz, jetzt wo wir verlobt sind, mußt du mit diesen Jünglingsallüren aufhören!“

„Schweizer Zinstitute.“

Erstes Semester

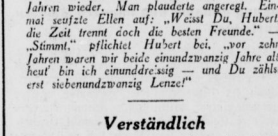
„Professor! Daran, daß das Licht mehrere hundert Jahre braucht, um zu uns zu kommen, lehne Sie, mein Fräulein, mir ungeheuer die Entfernung der Sterne bis zur Erde sein muß.“

„Studenten: „Ja, ja, es ist eben das Dumme, daß Sie sich doch der Realität schmeien, sonst würde es ja erheblich schneller gehen.““

„Answere.“

Versteckte Drohung

„Sons hat in der letzten Zeit des öfteren mit seinem Vater diese bezogen. Als man ihn endlich fragte, was er seinem Papa zu Weihnachten zu schenken gedächte, erwiderte er triumphierend: „Das weiß ich schon, was ich ihm geben möchte aber leider bin ich dazu noch nicht groß genug.““



Der Zahn der Zeit

Hubert und Ellen trafen sich nach zehn Jahren wieder. Man plauderte angereg.

Einmal seufzte Ellen auf: „Weißt Du, Hubert, die Zeit trennt doch die besten Freunde.“

„Stimmt“, pflichtet Hubert bei. „vor zehn Jahren waren wir beide einundzwanzig Jahre alt, heutzutage bin ich einunddreißig — und Du zählst erst siebenundzwanzig Jahre!“

Verständlich

„Also ein ganzes Jahr, nachdem Ihr Nachbar Sie Rhinoseros genannt hat, kommen Sie auf den Gedanken, die Beleidigungsfrage einzurichten?“

„Ja, Herr Rechtsanwalt, ich habe nämlich gestern erst im Zoo zu ein Vieh gesehen!“

Kinder von heute

Herr Steuerdiaktor Steupelst ist im Kreise seiner Familie und sagt: „Sodt mal, Kinder, der Weihnachtsmann wird auch wahrscheinlich ein kleines Schwelcherchen oder Wüchserchen kriegen — daran erhebt sich Fräulein Steupelst, fünfzig Jahre alt, legt demonstrativ seinen Kopf hin und sagt achselzuckend: „Natürlich. Wie kriegen immer nur billige Sachen — — —.“

„Einfach! Amus.“

Zeitmass
Ottomar fährt nach Monte Carlo.
„Wie lange werden Sie denn dort bleiben?“
fragt ihn ein Bekannter.
„Ja, so ungefähr vier- bis fünftausend Mark lang.“

„Gewaltige Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Weltgen. Dr. Alfred Krüger; für Großberlin und den übrigen Teil des Reiches: Reinhold Bergschneider; für den Inlandteil: Hugo Scholz, für die Weltgen. für die Weltgen. einbehaltenen Besondere Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Möller, Berlin.

Das Zugaben-System

Ein Beitrag zum Thema: Preisabbau

Besonders zahlreiche Buttegeschäfte haben ein sogenanntes Sparsystem. Die Käufer erhalten auf bestimmte Artikel eine Spar- oder Wertmarke; auf eine Anzahl solcher Spar- oder Wertmarken oder auch Gutscheine genannt, gibt es dann die Zugaben: meist Geschie, aber auch Spielwaren u. a.

Gewisse Firmen geben auch für jeden Betrag einen Kassenbonn; für eine bestimmte Summe solcher Kassenbons erhalten die Käufer dann wieder die genannten Wertmarken. Es sind nicht nur große Firmen, die ein solches System eingeführt haben, nein, auch kleine Geschäftsinhaber, die von ihren Lieferanten die Zugaben u/v, geliefert erhalten.

Ohne lange Vorrede: alle diese Zugaben sind in den Verkaufspreisen einberechnet. Wollen die Geschäfte hierauf erwidern, es habe ein solches System den Einkauf, so sei hier — von Verbraucherseite — einwendet: wenn der Gewinn noch eine Zugabe auf die Preise verträgt, so soll man die Preise ermäßigen.

Billigste Preise, daß ist heute die Forderung, das erhöht den Geschäftsumsatz. Abgesehen davon, ob ein Käufer für die Zugaben überhaupt ein Interesse hat, ist es auch fraglich, ob er es erwerblichen Gutscheine für die Zugaben zumerkennt; denn auch eine bestimmte Einzahlungspflicht ist in den meisten Fällen gegeben.

Auch für die Angestellten der Zugabengeschäfte ist das ganze System eine Mehrarbeit ohne Mehrbezahlung; auch von dieser Seite sollte ganz energig gefordert werden: keine Zugaben, keine Wertmarken usw. Dafür:

Preisabbau, niedrige Preise: das ist die beste Verkaufserfolge!

Ein weiterer wichtiger Punkt für Ablehnung des Zugabensystems gilt auch von Seiten der Spezialgeschäfte für Glas, Porzellan, Spielwaren u. a. u.; für die bedeuten die Zugaben eine nicht unerhebliche Gefahrenliste: weniger Umsatz, Personalverringern, gesteigerte Arbeitslosigkeit.

Nachmals ausgehend von der Forderung des Tages: Preisabbau, verlangen die Verbraucher Zurücknahme aller Zugabentitel, auch Rabattmarken usw. Dafür aber: Herabsetzung der Preise, daß sie eine wirkliche Senkung sind, dann können die Verbraucher mehr kaufen — der Umsatz steigt.

Ewald G.

ANTWORTEN

Herr Dr. Müller Straß, Geben Sie, bitte, Ihre Eingangszeit in der nächsten Buchhändler als Anzeige auf. Beachten und benutzen Sie den Gutschein.

21. In Dresden wurde der Lohntag im Jahre 1893 an dem Mittwoch vor Totensonntag verlegt.

Herr Dr. Die Höhe der einmündigen Verbindung, ist geschlechtlich nicht bestimmt, sondern wird von Fall zu Fall auf Antrag der Eheleute festgesetzt.

Herr Dr. Die Eheleute hat nicht das Recht, Ehen einzuschließen, die einem anderen als dem Vater gehören. Haben Sie also den Vertrag nicht mit unterschrieben, dann muß die Wirtin Ihre Ehen herausgeben, erst können Sie eine einmündige Verbindung beim Amtsgericht erweisen.